



Howe, Christiane

Handel und Konsum von illegalisierten Drogen in „urbanen Dörfern“

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2022), 44-54.

doi: 10.7396/2022_1_D

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Howe, Christiane (2022). Handel und Konsum von illegalisierten Drogen in „urbanen Dörfern“, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 44-54, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2022_1_D.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2022

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (<https://www.verlagoesterreich.at/>) erschienen.

Online publiziert: 6/2022

Handel und Konsum von illegalisierten Drogen in „urbanen Dörfern“



CHRISTIANE HOWE,
*Soziologin und stellv. Leiterin des
Forschungsbereiches Sicherheit –
Risiko – Kriminologie am Zentrum
Technik und Gesellschaft der
TU Berlin.*

Fortlaufender Drogenhandel und -konsum in Quartieren westdeutscher Großstädte lässt vielfältige Aushandlungsprozesse vermuten. Doch wie genau bildet sich dort, im direkten, alltäglichen Lebensumfeld und in der Nachbarschaft, jeweils dieser Handel und Konsum sozial-räumlich ab? Wie geht er vonstatten und wie manifestieren sich darin Ordnungen? Solch räumlich strukturierte Ordnungen, so der Ausgangspunkt, machen sich nicht allein materiell im und am konkreten Ort fest, sondern werden durch die sozialen Praktiken aller Beteiligten hergestellt. So ist davon auszugehen, dass in jedem Quartier Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort lernen, sie so zunehmend ein lokales Wissen erwerben und damit Relevantes von Nicht-Relevantem unterscheiden können. Insgesamt werden die Quartiere von Bewohnerschaft und Nutzenden je nach Perspektive, Erfahrungen, sozialer Verankerung im Quartier, Handlungsmöglichkeiten etc. unterschiedlich wahrgenommen, Probleme werden unterschiedlich benannt und verschieden eingeschätzt. Herauskrystallisiert hat sich im Zuge einer qualitativ-ethnografischen Forschung im Rahmen eines deutschen BMBF-Projektes, dass neben Ordnungswidrigkeiten, insbesondere rund um (Sperr-)Müll und Ruhestörungen, geringfügige Diebstähle und vor allem der vor der Haustür stattfindende Drogenhandel/-konsum, insbesondere von Cannabis sowie in geringerem Maße von Kokain, Bestandteil der quartierspezifischen Debatten sind. Im Nachfolgenden wird nun ein Quartier exemplarisch mit letzterem Fokus beschrieben und analysiert: seine Verfasstheit, Entwicklung zum „hot spot“, Ablauf und Struktur des Drogenhandels und -konsums und dem Umgang, insbesondere seitens der Polizei, damit. Beschreibung und Analyse stellen abschließend die Grundlage, um neben den aufgeworfenen Fragen auch jene nach den Konsequenzen beantworten zu können.

EINLEITUNG

„Wir nutzen die kleinere der beiden Straßen, die in das Quartier führen, das wir zurzeit beforschen.¹ Hier müssen wir eine Unterführung unter einer größeren Brücke der Stadtautobahn durchqueren, die eine Grenze zum alten Teil des Stadtviertels und einen Übergangsbereich markiert. Sie ist überdacht, mit viel Platz und einigen Parkplätzen, die jetzt am frühen

Nachmittag wenig genutzt werden. Wir kommen an einer Gruppe junger Männer vorbei, die teilweise noch Arbeitskleidung tragen, andere stehen mit Alltagskleidung dabei. Sie machen hier offensichtlich eine Pause, registrieren uns früh mit schnellen Blicken aus den Augenwinkeln heraus und schätzen uns offensichtlich als harmlos ein, da sie sich nicht weiter stören lassen. Der Cannabis-Geruch ist intensiv und

wäre kaum weg zu wedeln. Offensichtlich ist es für sie angesichts ihres Tuns zentral, Herankommende als polizeiliche (Nicht-) Mitglieder kategorisieren zu können. Der Geruch bleibt uns, wie wir ein bisschen belustigt feststellen müssen, auch weiterhin in der Nase, als wir längst an der Gruppe vorbeigegangen sind. Als wir dann auf der größeren Straße südlich im Quartier weiter gehen, können wir aus der Ferne eine andere Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener sehen, die uns offensichtlich bereits als Quartiersfremde identifizieren und sich, als wir näherkommen, deutlich entfernen.“ (Feldnotiz)²

Es werden spürbar Unterschiede anhand von alltagspraktischen, anzunehmenden und unterstellten Kategorisierungen gemacht, die entsprechend in alltäglichen, öffentlichen Praktiken angezeigt und jeweils (nicht) bestätigt, d.h. verifiziert werden. Sämtliche Akteurinnen und Akteure werden hier als Teilnehmende einer (Interaktions-)Situation in ihrer „wechselseitigen Verstricktheit“ (Goffmann 2001, 57) begriffen, die gemeinsam erst hervorgebracht und damit sowohl durchgeführt als auch dramaturgisch aufgeführt wird. Denn es braucht immer das Gegenüber, um eigene Erwartungen zu bestätigen und zu festigen. Wichtig in diesem illegalisierten Kontext ist, dass die Annahmen und Kategorisierungen aller Beteiligten möglichst zutreffend sein sollten, denn Fehleinschätzungen könnten fatale Folgen haben. Hinsichtlich der Bewohnerschaft in den untersuchten Quartieren gestaltet sich dies relativ übersichtlich, da sich die Menschen im Viertel durchweg zu Häuserzeilen und auch Wohnungen zuordnen können. Viele sind hier gemeinsam aufgewachsen und zur Schule gegangen. Selbst wenn zwischen verschiedenen Gruppen kein fortlaufender direkter Austausch stattfindet, kennt man sich vom Sehen. Fremde, die nicht ortsansässig

sind, fallen sofort auf, so auch wir, als wir dort herumgehen.

DAS QUARTIER

Die Quartiere prägen seit den 1960/70er Jahren unterschiedliche Migrationen,³ so setzt sich auch das hier exemplarisch ausgesuchte zusammen aus Menschen, die u.a. aus dem ehemaligen Jugoslawien, Russland, Polen, der Türkei, aus Marokko, Tunesien und Eritrea kamen. Durch die unterschiedlichen Gründe und Wege der Migration differenzierten sich seit diesen Jahren auch die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen aus: von sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern mit eingeschränkter Arbeitserlaubnis über Geflüchtete, Geduldete bis hin zu Staatenlosen ohne jegliche Arbeitserlaubnis. Diese Bestimmungen beeinflusst(en) insbesondere die Möglichkeiten, die im städtischen und nationalen Kontext der Aufnahmegesellschaft zur Verfügung gestellt wurden und werden (vgl. Charim/Auer Borea 2012) und damit auch die jeweiligen möglichen Orientierungen und Anknüpfungspunkte seitens der Zugewanderten. So waren Menschen teilweise noch nach 20 Jahren Aufenthalt vom Erwerbsverbot betroffen. Neben den Erwerbsverboten nahm in Folge der Schließung vieler Industrien in den 1990er Jahren auch die Arbeitslosigkeit und Verarmung zu. Die besagten Quartiere gerieten erst im Zuge dessen in den gesellschaftspolitischen Fokus und wurden integrations- und später sicherheitspolitisch relevant.

So ist jedes Quartier mit seinen jeweiligen Orten historisch entstanden und wird in lang andauernden sozialen und kommunikativen Prozessen bearbeitet. Unterschiedliche soziale Gruppen errichten und pflegen funktional ihre eigenen Territorien in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander, so kommen sie sich nur ab und an nahe. Die Quartiere zeigen sich dabei in

ihrer Struktur urban und dörflich zugleich. Dem Forschungsvorhaben liegt demnach ein Raumverständnis zugrunde, das die soziale und materielle Strukturierung von Räumen ebenso in den Blick nimmt wie ihre Dynamik, Prozesshaftigkeit, ihr Gewordensein und ihre Vielfältigkeiten.⁴

Das hier ausgewählte Quartier steht stellvertretend für manche der anderen. Es liegt in einer Großstadt⁵ inmitten eines wachsenden Ballungsraums. Die Eigentümerstruktur ist einheitlich und liegt in Händen einer städtischen Wohnungsgesellschaft. Viele Anwohnende sagen im Gespräch, dass sie gerne hier wohnen, da man Platz hat, es ruhig ist und viele Wohnungen sowohl groß und gut geschnitten als auch preiswert und mit einem Balkon ausgestattet sind. So finden sich hier mit gut 37 Prozent auch vergleichsweise fast doppelt so viele Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren wie im gesamten Stadtgebiet. Auch ist die Bewohnerschaft des Quartiers mit durchschnittlich knapp 35 Jahren deutlich jünger als der Altersdurchschnitt im gesamtstädtischen Gebiet.⁶ Dieser liegt bei knapp 41 Jahren. Bezüglich der Arbeitslosigkeit unterscheiden sich die Zahlen des Quartiers (nur 0,2 Prozentpunkte mehr) von denen der Gesamtstadt nur geringfügig. Insgesamt wohnen mit knapp 79 Prozent deutlich mehr Personen mit „Migrationserbe“⁷ im Viertel als in der gesamten Stadt mit knapp 54 Prozent. Zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner leben bereits seit mindestens fünf Jahren im Quartier, viele deutlich länger. Vorhanden sind zwei Kinder- und ein Familienzentrum, eine Nachbarschaftshilfe sowie am nördlichen Rand ein Jugendhaus mit entsprechenden Angeboten. Es gibt keine Straßensozialarbeit, obwohl diese seit Jahren immer wieder gefordert wird, vor kurzem wurde ein Quartiersmanagement eingerichtet. In den ruhigen Straßen sind nachmittags

häufig acht- bis dreizehnjährige Mädchen mit Rollschuhen und etwa gleichaltrige Jungs unterwegs.

„Die Jungs fahren offensichtlich gerne mit ihren sehr unterschiedlich großen Fahrrädern herum, manche auch zu zweit hintereinander auf einem sitzend, cruisen immer wieder in Bögen die gleichen Strecken ab, kennen ihr Quartier, machen Unsinn und schauen, was ‚abgeht‘. So werden auch wir recht bald gefragt, was wir machen würden. Unsere Antworten sprechen sich schnell unter ihnen herum. Daran ist zu merken, wie gut diese Jungs untereinander vernetzt sind, wie sie auftauchen und wieder verschwinden, die Dinge im Blick behalten. Eigentlich passiert nicht viel, es ist eher langweilig. Drogenhandel und -konsum machen die Situation definitiv spannender, insbesondere weil hier ‚Vorbilder‘ und Angebote vorhanden sind. So ist auch einer der dazu kommenden Jungs leichenblass und sagt: ‚Nein ich kann nicht antworten, mir ist gerade gar nicht gut.‘ Bei ihm kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass er mit gerade mal zwölf Jahren nachmittags zu viel Cannabis konsumiert hat.“ (Feldnotiz)

So machen auch einem langjährigen Anwohner (CaK1)⁸ diese Jungs Sorgen, er bezeichnet sie als Nachwuchs, die für ein paar Euro diverse Päckchen verteilen oder aufpassen, wenn die Polizei kommt, die jetzt so stark kontrolliert. So konnten auch wir beobachten, wie einer von ihnen länger am Eingang der einen Zufahrtstraße saß und offensichtlich Ausschau hielt. Er wurde später von einem Gleichaltrigen abgelöst.

Auch bei den Aufenthalten im Quartier, z.B. auch bei Elterntreffen wird deutlich, dass die Menschen sich auf ein vielfaches „Wir“ beziehen je nach Kontext, Geschlecht, Alter und Biografien. Ein wichtiger gemeinsamer Bezug ist der Ort. Selbst wenn, wie schon erwähnt, zwischen verschie-

denen Gruppen kein direkter Austausch stattfindet, kennt man sich – zumindest vom Sehen. Damit werden Einschätzungen, Erwartungen und Vertrauen gestärkt. Dieses Quartier-Kollektiv zielt dabei offensichtlich nicht auf Vereinheitlichung, sondern auf angemessene Orte und Verortungen. Die im Quartier gelebte Vielfalt, so eine Überlegung, resultiert aus einem urbanen Verständnis von Zusammenleben, aus der Logik einer Stadtgesellschaft, nicht aber aus einem nationalstaatlichen oder bürgerlichen Ordnungsmodell, in dem versucht wird, eine Sprache, eine Religion, eine Kultur etc. anzulegen. So ist die normative Prägung dieser Räume an vielen Stellen nicht einheitlich und Gegenstand ständiger Aushandlungen. Wie sich hier schon andeutet, können diese lokalen Normen und Ordnungen durchaus in einem hierarchisch-asymmetrischen Spannungsverhältnis zu vorherrschenden, hegemonialen Normen stehen. In dieser Vielfalt ist die Sprache des Ortes, d.h. die Verkehrssprache, in der sich die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft übergreifend verständigen, deutsch.

DER RUF DES QUARTIERS

Seitens der Stadt bzw. der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wurde aufgrund der Größe und des Zuschnitts der Wohnungen bei der Belegung vor 25 Jahren darauf geachtet, dass mehrheitlich größere Familien mit Kindern, u.a. mit Anspruch auf soziale Transferleistungen, die Möglichkeit erhalten einzuziehen. Diese Entscheidung löste bereits im Vorfeld Proteste von Bewohnerinnen und Bewohnern der angrenzenden, teilweise gutbürgerlichen Wohngebiete aus, die sich auch medial niederschlugen. Vermietet wurden die Wohnungen trotz aller Proteste und Befürchtungen wie geplant. Geblieben sind bis heute das negative Image und die Stigmatisierungen,⁹ die offensichtlich

medial immer wieder leicht abzurufen sind. Zu vermuten ist, dass dieses Image des Quartiers, insbesondere des südlichen Teils, nicht nur der Stigmatisierung der Bewohnerinnen und Bewohner geschuldet ist, sondern auch der einheitlichen, wenig renovierten Häuserbebauung, die sich deutlich von den anderen umliegenden Quartieren des Stadtteils unterscheidet.

Allen ist mehr oder weniger bewusst, dass in städtischen und medialen Öffentlichkeiten der Ruf des Quartiers in Zusammenhang mit Migration, Armut, Unsicherheit und Kriminalität gebracht wird. Das empirische Material zeigt aus Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner, dass diese zwar einerseits um den stigmatisierenden Ruf des Quartiers wissen, sich dagegen jedoch häufig verwahren. So wird vielfach bedauert, dass viele über den Wohnort urteilen, ohne Näheres über das dortige Leben zu wissen. Zu schnell würde vom „Ghetto“ gesprochen, dabei gäbe es gut funktionierende Nachbarschaften, so eine Anwohnerin im Gespräch. Andererseits stellt das Quartier auch eine „Heimat“, einen Zufluchtsort dar: als Gleiche unter Gleichen. Trotz einer vielfältigen Bewohnerschaft würden Menschen hier Gleichgesinnte finden, auch mit ähnlichen (Migrations-)Biografien, was das Gefühl von Heimat stärke. Hier entgehen sie der fortlaufenden Thematisierung ihrer (zugeschriebenen) „Andersartigkeit“, wie es z.B. Schülerinnen und Schüler bis heute auch im schulischen Umfeld erfahren. Das Leben im Viertel ist somit Fluch und Segen zugleich und beeinflusst neben biografischen Entwicklungen auch Bildungswege.

DIE ENTWICKLUNG ZUM „HOT SPOT“

Auch wenn das Quartier von Bewohnerschaft und Nutzenden unterschiedlich wahrgenommen wird, wird ein Prob-

lem deutlich an erster Stelle benannt: der Drogenhandel/-konsum (v.a. Cannabis), der an bestimmten, wenn auch wechselnden Orten stattfindet. Ein langjähriger Anwohner (CaK1) erzählt, dass es in dem Stadtviertel schon 1971 mit dem „Cannabis losging“. Vor 19 Jahren ist er in besagte Straße gezogen. Auch damals wurde hier schon sichtbar gedealt. Ab und an war er deswegen mal bei der Polizei. Es wurde ihm mitgeteilt, dass sie alles im Griff hätten, „das sind nur harmlose Sachen und die verkaufen doch nur ein bisschen Hasch“. Inzwischen bekäme man aber, so seine Einschätzung, das Ganze auch nicht mehr „allein mit irgendwelchen sozialarbeiterischen Maßnahmen in den Griff“.

Ablauf und Struktur des Drogenhandels sind im Grundprinzip in so gut wie allen Untersuchungsquartieren ähnlich. Es gibt ein paar Menschen, die die Federführung innehaben, dann eine Menge Verkäuferinnen und Verkäufer sowie sogenannte Unterstützerinnen und Unterstützer, um die Drogen, z.B. in Kellerräumen oder Wohnungen, zu bunkern. Im besagten Viertel sind insgesamt sechs Leute unterschiedlicher Herkunft involviert. Ein leitender Polizeibeamter beschreibt es so:

„Persönlich muss ich sagen, ich bin sehr nah an diesen ganzen, an diesen sechs Familien daran. Ich kenne die alle schon seit vielen Jahren, ich kenne die kleinen Geschwister, ich kenne die Eltern. Die meisten von denen sind wirklich anständige, normale Leute. Viele der Eltern gehen auch arbeiten. In zwei, drei Fällen ist es die ganze Familie.“ (CaP1)¹⁰

Zentral ist vor allem eine Familie, deren Vater, der sogenannte „Chef“, vor vielen Jahren mit dem Cannabis- und Kokainschmuggel anfang, damals ein-, zweimal erwischt und zu ein paar Jahren Haft verurteilt wurde. Inzwischen sind insbesondere zwei seiner vier Söhne im Drogenhandel tätig. Das letzte Mal konnte ihnen

vor zehn Jahren der Handel mit 80 Kilogramm Marihuana nachgewiesen werden. Die älteren Händler würden es nicht gerne sehen, wenn heutzutage mal zu Silvester Mülleimer brennen oder irgendetwas angegriffen wird. Das würde viel zu viel mediales Interesse auf sich ziehen und wäre für das Geschäft kontraproduktiv. Die Familie selbst ist in Deutschland weit verzweigt, aber auch noch in anderen europäischen Ländern ansässig. Die Verkäufer bringen teilweise ebenfalls verschiedene familiäre Migrationsbiografien mit, z.B. aus mittelosteuropäischen Ländern, sind aber keine Familienangehörige. Aufgrund dieser Vielfalt in den Strukturen, die sich in fast allen Fällen bei näherem Hinsehen so zeigt, lehnen die damit befassten Polizeibeamten strikt den Begriff „Clankriminalität“ ab und sprechen von Bande oder Gruppierung. Der harte Kern sei eine Bande von sechs Leuten, „die Ethnie ist denen ziemlich egal, die verkaufen an alle. Diese Gruppierung hat sich einfach gut aufgestellt“ (CaP1). Dies entspricht auch den Erkenntnissen aus wissenschaftlich-empirischen Forschungen (vgl. Tzanetakis 2020, 40), nach denen Drogennetzwerke meist informell und eher lose organisiert sind und vor allem aus kleineren Gruppen von unabhängigen Händlerinnen und Händlern bestehen. Diese handeln „bevorzugt mit vertrauenswürdigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Freundeskreis, der Verwandtschaft und mit demselben ethnischen Hintergrund“. (ebd.)

Alle Beteiligten sind im besagten Quartier aufgewachsen und wohnen dort. Die meisten haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Früher haben sie offensichtlich in der Innenstadt an einschlägigen Plätzen verkauft, dies aber zur Risikominderung dann in das eigene Viertel verlegt. In diesen Gebieten, in denen es diese Art von Häuserzeilen und Hochhäuser gibt, finden sich immer wieder Wohnungen von Händ-

lerinnen und Händlern, die direkt in ihrem Umfeld Drogen verkaufen. Sie nutzen es wie eine „Home-Base“, kennen sich nicht nur sehr gut in der Gegend aus, sondern kennen auch ihre Nachbarschaft und nutzen vorhandene soziale Netzwerke sowie Keller, Wohnungen, Spielplätze und Grünflächen, um Drogen zu bunkern, sich zu treffen, zu konsumieren und den Verkauf zu gestalten. Durch die örtlichen Gegebenheiten, die sie alle bis ins kleinste Detail wie in einem Dorf kennen, sehen sie es zudem sofort, wenn Polizei herankommt, und erkennen jeden, der nicht zu ihnen gehört.

Die Kundinnen und Kunden kommen tatsächlich aus der ganzen Stadt und teilweise von weit her aus dem umliegenden Ballungsgebiet. Laut Polizei ist das Quartier für seine gute Qualität von Marihuana sowie Kokain weithin bekannt. Man würde auch nicht „abgezockt“, es würden faire Preise verlangt, und „die Menge stimmt“ (CaP1), darauf würde geachtet. So werde Vertrauen hergestellt und Unsicherheit reduziert, da formale Marktregulierungsaspekte notgedrungen fehlen (vgl. Tzanetakis 2020, 41). Der „Chef“ ließe zwar nicht mit sich handeln, wäre aber rund um die Uhr verfügbar. „Das hat sich halt über die Jahre hinweg etabliert und herumgesprochen.“ (ebd.)

Um zu kaufen, so ließ sich beobachten und so wurde es auch von Anwohnenden und Polizei beschrieben, fährt oder geht man in die Straße, dort wird man recht schnell angesprochen, da Käuferinnen und Käufer sehr schnell zu identifizieren sind. Nachdem man die Bestellung und das Geld an eine Person übergeben hat, gibt diese als Mittelsmann es an einen nächsten weiter. Dann wird der Übergabeort genannt. Die Drogen werden wiederum von einer anderen Person übergeben. Der Handel geht somit über drei, vier Stationen, um der Polizei den Nachweis zu erschweren.

Denn um bei Gerichtsverfahren stichhaltig vorgehen zu können, muss von der Polizei der Handel in situ, d.h. im Vollzug, nachgewiesen, beobachtet und bezeugt werden. Erst dann sind die Täterinnen oder Täter überführt. Oder es müssen große Mengen an Drogen aufgefunden und zugeordnet werden. So wird der Ablauf seitens der Verkaufenden entsprechend auseinandergezogen, und die Übergabeorte werden immer wieder gewechselt. Damit kann man argumentativ auch vor schützen, man hätte es der „Freundin“ oder dem „Freund“ nur geschenkt und es ginge um Eigengebrauch, wie wir bei einer Gerichtsverhandlung beobachten könnten. Die Einnahmen fließen laut Polizei (CaP1) zu großen Teilen ins Herkunftsland, werden also nicht vor Ort gewaschen, sondern „gebunkert“. So würde hier die Haltung vorherrschen, dass z.B. Immobilienkäufe in Deutschland nur Aufmerksamkeit erregen und womöglich die Steuerfahndung alarmieren könnten.

Seit Anbeginn bestehen aufgrund dieser Situation seitens der Eltern Ängste, dass jüngere Kinder von älteren Jugendlichen in Bezug auf Drogenhandel und -konsum „angelern“ werden und dass diese Jugendlichen unter Umständen zu einem Vorbild werden, weil sie „locker viel“ Geld besitzen. Eine Mutter meinte, der Drogenhandel wäre wie „Klebstoff“, einmal damit in Berührung gekommen, würde man ihn kaum mehr los, denn es wäre der ganz kurze, vermeintlich einfache Weg zu Geld. So gäbe es in den weiterführenden Schulen Gleichaltrige, die wesentlich mehr Geld haben und sich z.B. Markenklamotten leisten könnten.

„Und die Kinder hier bekommen ja irgendwas aus dem Tauschregal, sagen wir mal. Dann haben die Eltern Angst [...], dass der Weg zur Kriminalität einfach ganz kurz ist. Weil man einfach den Nachbarn hat. Und das Gefühl, dass hier viele über vieles Bescheid wissen, hat man

immer. Aber darüber spricht man nicht. Das sind die Tabuthemen.“ (CaE1)

So wurde im Quartier das Thema Drogen seitens der Anwohnenden, insbesondere unter den Müttern, stärker relevant, als es konkrete Vorfälle gab. Kinder im Alter von neun bis zwölf Jahren seien von Drogendealern im Quartier angesprochen worden, um irgendwelche Rucksäcke für 20–50 Euro irgendwo hinzubringen. Es bestand große Angst, die Polizei einzuschalten, da befürchtet wurde, dass dann die Kinder weggenommen werden. Im Rahmen eines Treffens wurden die für das Quartier zuständigen Polizeibeamten eingeladen, die auf Bitte in Zivil kamen und umfassend darüber informiert haben, was passiert, wenn man sich an sie wendet. Es waren fast 40 Frauen aus dem Quartier vertreten. Sie wollten sich dafür einsetzen, den Stadtteil familienfreundlich zu machen und auch ein Statement setzen, dass der Stadtteil mit seinen Spielplätzen ihnen gehört. „[...] diesen Zusammenhalt, den Nachbarschaftszusammenhalt hat man hier gesehen. Das war wirklich schon sehr beeindruckend. Die Informationen, die hier vermittelt wurden, waren auch sehr hilfreich. Gerade in Hinblick auf: wir haben Angst vor der Polizei und ne? [...] Und soweit ich weiß haben sich dann doch mehr Frauen beziehungsweise Familienväter getraut, mal bei der Polizei anzurufen und zu sagen [...] hier sind jetzt Jugendliche und kiffen und machen da irgendwie Radau.“ (CaE1)

So wurde im Quartier der Drogenhandel vor allem über die Anwohnenden selbst thematisiert, weil er dort zeitweise das Leben im öffentlichen Raum stark bestimmte. Was aber letztlich das Quartier dann medial zum „sozialen Brennpunkt“ erhob, waren brennende Mülleimer und explodierende Briefkästen sowie Steine, die irgendwann gegen Polizistinnen und Polizisten flogen, und Angriffe auf Feuer-

wehreute. Damit rückte der Straßenzug mehr und mehr in den Fokus von Polizei und Presse, wurde beispielsweise als Problemviertel beschrieben, das zu einem Ghetto verkomme. Bestimmten Jugendgruppen wurde ein starker Bedrohungscharakter zugeschrieben. Die mediale Konstruktion eines solchen Ortes und einer solch homogenen Gruppe vollzieht sich in Abgrenzung sozial-ethnisierend, so wird das Gegenüber fortwährend zu etwas Anderem gemacht. Statt die Problematik im Dialog, durch frühzeitige soziale Einbindung und im Aufzeigen von Perspektiven aufzufangen, wird an Restriktionen und am Ausschluss festgehalten, die diese wiederum offensichtlich fortlaufend reproduzieren.

DAS VORGEHEN DER POLIZEI

Laut Einschätzung der Polizei sind das beschriebene, wie auch andere ähnlich strukturierte Quartiere durchaus „schwierige Gebiete“ (CaP1), die sich nur mit genügend Personal (und eigentlich auch nur in Kombination mit anderen, nicht polizeilichen Maßnahmen) langfristig bearbeiten lassen. Erst nachdem die örtliche Polizei besser ausgestattet und eine Sondereinheit mit einem Ermittlungsteam gebildet wurde, nahmen diese Kontakt ins Quartier und zu den entsprechenden Leuten auf. Sie gestalteten dies offen, denn selbst in Zivil und mit immer wieder wechselnden Fahrzeugen wurden sie sofort erkannt. Als praktikabel erwies sich schließlich eine Kombination von Observationen aus unterschiedlichen angrenzenden Orten rund um das Quartier und offener Präsenz uniformierter Polizei sowie ab und an auch Bereitschaftspolizei, die im Quartier kontrollierte. So waren die Beamtinnen und Beamten zum einen als zivile Observationseinheiten unterwegs, zum anderen vor Ort mit Ansprachen und gegebenenfalls Festnahmen.

„Ansonsten, wir behandeln sie schon mit dem nötigen Respekt, sage ich jetzt einmal, wie ich das auch von meinem Gegenüber erwarte. Und den Respekt kriegen wir tatsächlich auch zurück [...] außer, dass die einmal wegrennen, dass die wirklich mich oder meinen Kollegen angreifen oder beleidigen, beschimpfen, das haben wir tatsächlich gar nicht.“ (CaPI)

Erstes Ziel war zum einen, diese Gruppierung von sechs Leuten zu überführen, diesen die Drogen abzunehmen und entsprechende Beweis- und Strafverfahren einzuleiten. Zum anderen ging es auch darum, der Bevölkerung zu zeigen, dass die Polizei etwas macht, so dass es aus ihrer Perspektive auch wichtig war, viel Streife zu fahren und viele offene Kontrollen zu vollziehen. Die jüngeren Menschen im Quartier berichten, dass zu viele von ihnen andauernd von der Polizei kontrolliert werden, auch ein langjähriger Anwohner erzählt, dass er es häufig sehe, wenn er mit dem Hund die Straße lang geht. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen stünden dauernd an der Wand mit hoch ausgestreckten Armen und müssten sich regelmäßig ausweisen. Er kennt sie alle noch als Kinder und ist vom Sinn der Kontrollen nicht so recht überzeugt. Andere ältere Anwohnende waren zufriedener mit dem polizeilichen Vorgehen und der Präsenz.

Deutlich werden in dieser Pauschalität allerdings die stigmatisierenden Zuschreibungen. Dabei können Stigmata als Zeichen begriffen werden, die soziale Informationen übermitteln. Dafür können biologische Merkmale genutzt werden, z.B. das Aussehen, Alter, Geschlecht, oder kulturelle Merkmale, z.B. das Kopftuch, der Gebrauch von Wasserpfeifen oder auch bestimmten Drogen, wobei die Sichtbarkeit dieser Zeichen eine große Rolle spielt. Stigmata sind nicht an sich gegeben, sondern basieren auf einer an-

genommenen Übereinstimmung in Bezug auf das, was als „normal“ und als abweichend in jeder Form, als deviant erachtet wird. Sie hängen zudem von der Fähigkeit des „Publikums“ ab, diese zu entziffern (Goffman 1967, 64). Diese Deutungen erfolgen mit der Alltagspraxis und durch/in mediale/n Konstruktionen. Goffman (vgl. ebd.) beschreibt Stigmatisierung als einen interaktiven Prozess, in dem menschliche Eigenschaften nicht nur als anders, sondern als (norm)abweichend bezeichnet werden. Diesen Prozess versteht er als kollektiven Abwertungsprozess, durch den eine Konzeption des „Normalen“ geschaffen und sozial aufrechterhalten wird bzw. werden kann. So legitimiere der Prozess der Stigmatisierung Bestehendes, einen Status quo, (re)produziere und bringe Merkmale von Minderwertigkeits- und Überlegenheitsgefühlen hervor und verdecke die soziale Konstruktion beider Kategorien. In den Aushandlungsprozessen könnten Kategorisierungen der Abweichung zwar nicht verhindert werden, aber der Prozess könne mehr oder weniger aktiv mit gesteuert werden. Sie werden durch den Prozess als solchen erst und fortlaufend (re)produziert. Letztlich geht es dabei um Formen des gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses, um eine konstruierte Gegenüberstellung von „dazugehörig“ und „ausgeschlossen“. Stigmatisierungen sind demnach Teil rassistischer Kategorisierungen. So werden auch hier diskursiv der global längst gescheiterte Ansatz des „war on drugs“ (vgl. Tzanetakis 2020), der weltweit Drogenfreiheit garantieren sollte, nicht mitreflektiert, der Drogenhandel weiterhin illegalisiert und ethnisiert und der Drogenkonsum aller Bevölkerungsschichten ausgeblendet und teilweise geduldet.

Es blieb so gut wie unmöglich, den Handel nachzuweisen. So diente die Observation vor allem dem Überblick. Das Erschweren des Handels durch Aufscheu-

chen und Aufmischen wurde in besagtem Quartier ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit. Es gehe darum, zu „ärgern, weh zu tun“ (CaPl), so ein Beamter. Wenn sie Leute festnehmen, verlieren diese Ware und Geld, dennoch arbeiten sie weiter. Dies trifft beispielsweise auch auf einen jungen Mann zu, der dreimal wegen Handel mit Betäubungsmitteln verhaftet wurde. Ganz offensichtlich kalkulieren die Händlerinnen und Händler das mit ein, und die Gewinnspanne bleibt immer noch hoch genug. Zu fragen wäre hier, was denn entsprechende Alternativen und Perspektiven wären, die aufgezeigt werden könnten, und ob angesichts der sozioökonomischen Umstände die Wahl eines solchen Geschäftszweiges nicht durchaus sinnvoll sein kann. Oder andersherum: Für welches Problem ist der Drogenhandel die Lösung?

Im Zuge der Ermittlungen verlegte man sich immer stärker auf die Käuferinnen und Käufer und versuchte, ihnen den Erwerb so unangenehm wie möglich zu machen, so dass sie gar nicht mehr im Quartier auftauchen, um dort Drogen zu kaufen. Auch hier wäre zu fragen, ob die Nachfrage nicht anders diskutiert werden müsste und sollte. Über Nutzen und Risiken der aktuellen Drogenpolitik müsste wohl dringender denn je diskutiert werden. Denn welche Stoffe bzw. Drogen gesellschaftlich akzeptiert und erlaubt sind, ist historisch und kulturell bedingt und durchaus wandelbar (vgl. Feustel 2020).

FAZIT

Für Mechanismen zur Bewältigung von Krisen und Problemen sind in jedem Quartier zunächst Netzwerke und soziale Kontrollen wichtig, die allerdings in der (urbanen) Stadt – anders als in Wir-Gruppen – nicht auf Homogenität, sondern auf Funktionalität setzen (müssen). Offensichtlich sind (funktionale) Netzwerke in

den Vierteln wichtig, da sie jeweils Handlungs- und Problemlösungskapazitäten bereitstellen.

„Das Drogenproblem“ ist offensichtlich mit bisherigen Ansätzen nicht aufzulösen und wird häufig nur räumlich verschoben. So sind die Drogendealer nie wirklich weg. Ihr räumliches und soziales Netzwerk justiert sich immer wieder neu. Es bedarf offensichtlich anderer Ansätze. Neben den Forderungen nach (mehr) Straßen-/Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Quartier wäre eine Debatte um grundlegende Veränderungen des prohibitiven Umgangs mit Drogen offensichtlich notwendiger denn je. Weder der global längst gescheiterte Ansatz des „war on drugs“, der weltweit Drogenfreiheit garantieren sollte, noch der funktionierende und florierende globale Drogenhandel oder die Nachfrage und der Drogenkonsum aller Bevölkerungsschichten werden (mit)reflektiert oder in Frage gestellt. Über Nutzen und Risiken der aktuellen Drogenpolitik müsste wohl dringender denn je diskutiert werden. In Bezug auf das Quartier wurde öfters von einer notwendigen besseren sozialen Durchmischung gesprochen, was angesichts der vielfältigen Zusammensetzung im Quartier eher hilflos wirkt. Zu fragen bliebe, ob städtische Bereiche nicht so gestaltet werden sollten/müssten, dass sie eine Vielzahl von Kontakt- und Gestaltungsmöglichkeiten bieten, anstatt sich auf Prinzipien der Ausgrenzung zu gründen. Eine Gesellschaft, die auf Anerkennung von Differenz ausgerichtet ist, könnte dies auch mithilfe einer inkludierenden Planung erreichen, die sich der Belange aller Quartiersbewohnerinnen und -bewohner gleichermaßen annimmt. Hier wäre dringend eine Auseinandersetzung sowohl mit einem umfassenden, Drogen akzeptierenden und aufklärenden Ansatz als auch mit einem Diversity-Ansatz (vgl. Meuser 2009) anzuregen.

¹ Den Ausführungen liegt das dreijährige, vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte Verbund-Forschungsprojekt „Migration und Sicherheit in der Stadt – migsst“ (migsst 2018) zugrunde. Dabei geht es um Analysen allgemeiner Bedarfe und Bedürfnisse mit Fokus auf die sogenannte Sicherheit/sarbeit in acht anonymisierten Quartieren in verschiedenen westdeutschen Regionen, die seit den 1960/70er Jahren stark durch Migration geprägt sind. Die Untersuchung wird empirisch qualitativ, ethnografisch erhoben und ausgewertet. Ziel ist es u.a., Handlungsempfehlungen für Kommunen/Städte und Polizeien zu erarbeiten. Der Beitrag enthält Teile und Überarbeitungen des Artikels: Sozial-räumliche Gestaltungen – Stigmatisierungen, eigenwillige Aneignungsprozesse und gesellschaftliches (Gegen)Steuern (vgl. Frevel 2021).

² Die sozialwissenschaftliche empirische Untersuchung im Rahmen des migsst-Projekts erfolgt qualitativ und zeitweise ethnografisch (vgl. Breidenstein et al. 2013), um sich den Quartieren entsprechend anzunähern und sie „aufzuschließen“. Sie kombiniert dieses Vorgehen mit Gesprächen, Interviews, Tonaufnahmen sowie Dokumenten aller Art. Die Quartiere werden immer wieder „flanierend“, im Zuge teilnehmender Beobachtung aufgesucht. Dabei werden, soweit möglich, Gespräche mit Anwohnenden sowie mit ansässigen Gewerbetreibenden oder sonstigen Nutzerinnen und Nutzern des Quartiers vor Ort geführt.

³ Anwerbeabkommen wurden seitens der BRD-Regierung zwischen 1955 und 1967 mit einer Vielzahl von Staaten geschlossen, um den Arbeitskräftemangel in der expandierenden Nachkriegswirtschaft zu beheben. Diese sahen „keine dauerhafte Anwesenheit der angeworbenen Arbeiterinnen und Arbeitern vor. Aus diesem Grunde wurden sie als ‚Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter‘ bezeichnet.“ (Goetze 2011).

⁴ Siehe auch der Ansatz von Löw (vgl. Löw 2001, 158–161), wonach sich Räume mittels „Spacing“ und „Syntheseleistung“ aus der Platzierung, der relationalen (An-)Ordnung von Menschen und

sozialen Gütern konstituieren und die Unterscheidung von angeeignetem physischen und sozialen Raum nach Bourdieu (vgl. Bourdieu 1991, 32), demnach der physische Raum von sozialen Strukturen durchdrungen ist.

⁵ Quellen im Weiteren (anonymisiert): Amt für Statistik sowie Stadtplanungsamt der Stadt C, u.a. Dokumentation der Fachdialoge der Stadt und soziale Aspekte der Stadtentwicklung.

⁶ Weitere Zahlen: Stand: 31.12.2018.

⁷ Da die meisten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen keine eigene Migrationserfahrung besitzen, meist ihre Großeltern oder auch Eltern eingewandert sind und sie selbst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, wäre es angemessener von einem „Migrationserbe“ (vgl. Özdemir 2020) zu sprechen. Damit wird die Geschichte der Migration in Deutschland mit in den Fokus gerückt, dem sie sowohl rechtlich als auch diskursiv unterliegen, denn „ihre gesellschaftliche Positionierung [wird] von den Narrativen seit der Arbeitsmigration der 1950er bis in die aktuellen Fluchtdebatten geprägt“ (Özdemir 2018, 1). Ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland wird letztlich durch die Kennzeichnung Migrationshintergrund doch wieder mit einem Fragezeichen versehen und in Klammern gesetzt, da sich „im Hintergrund scheinbar etwas Anderes“ verbirgt (Özdemir 2020).

⁸ Zur Wahrung der Anonymität unserer Untersuchungsstädte und -quartiere erhalten diese systematische Kürzel. Großbuchstaben beschreiben die jeweilige Stadt, während die kleinen Buchstaben a und b die jeweiligen zwei Quartiere benennen und weitere Großbuchstaben Bereichen zugeordnet sind, so z.B. K: Kommune, Bezirk, Stadt oder P: Polizei.

⁹ Pressequellen im Weiteren (anonymisiert): regionale Zeitungen der Stadt C, u.a. vom August 2019, September und Dezember 2018.

¹⁰ Siehe im weiteren die Endnote 8.

Quellenangaben

Bourdieu, Pierre (1991). Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Wentz, Martin (Hg.), *Stadt-Räume*, Frankfurt a.M., 25–34.

- Breidenstein, Georg et al. (2013). *Ethnografie: Die Praxis der Feldforschung*, Konstanz/München.
- Charim, Isolde/Auer Borea, Gertraud (2012). *Lebensmodell Diaspora. Über moderne Nomaden*, Bielefeld.
- Feustel, Robert (2020). *Von Menschen und Drogen*, *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, Rausch und Drogen, 70 (49–50), 4–9.
- Frevel, Bernhard (Hg.) (2021). *Migration und Sicherheit in der Stadt. Sozial-, geistes- und rechtswissenschaftliche Analysen zu migrantisch geprägten Großstadtquartieren*, Münster.
- Goeke, Simon (2011). *Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen*, Heinrich Böll Stiftung, *Heimatkunde – migrationspolitisches Portal*, Online: <https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und> (23.11.2021).
- Goffman, Erving (2001). *Die Interaktionsordnung*, in: ders. *Interaktion und Geschlecht*, Knoblauch, Hubert (Hg.), 2. Aufl., Frankfurt a.M., 50–104.
- Goffman, Erving (1967). *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt a.M.
- Löw, Martina (2001). *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M.
- Meuser, Michael (2009). „Inklusionen und Exklusionen. Managing Diversity in der Metropolentwicklung“, Vortrag im Panel „Inklusionen und Exklusionen in Metropolen“ bei der Regionalkonferenz Ruhr der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bochum.
- migsst (2018). *Migration und Sicherheit in der Stadt. Dreijähriges vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziertes Verbund-Forschungsprojekt*, Online: <https://migsst.de> (23.11.2021).
- Özdemir, A. Kadir (2018). *(K)ein Recht auf Anderssein: Rassismus, Rechtspopulismus und LSBTIQ* in Wechselbeziehungen*, Heinrich Böll Stiftung, *Heimatkunde – migrationspolitisches Portal*, Online: <https://heimatkunde.boell.de/2018/04/16/kein-recht-auf-anderssein-rassismus-rechtspopulismus-und-lsbtiq-wechselbeziehungen> (23.11.2021).
- Özdemir, A. Kadir (2020). *Plädoyer. Migrationserbe statt „Migrationshintergrund“*, MiGAZIN, Online: <https://www.migazin.de/2020/07/13/migrationserbe-statt-migrations-hintergrund/> (23.11.2021).
- Tzanetakis, Meropi (2020). *Zur internationalen politischen Ökonomie illegaler Drogen*, *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, 70 (49–50), 37–42.